

## EU 2020

### Aktive Eingliederung in der neuen Förderperiode 2014-2020

#### Stellungnahme Netzwerk Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)

---

#### Hintergrund

16 HSI Praxispartner bieten im Land Brandenburg landesweit ein breites Hilfsangebot für straffällige Menschen an und ergänzen staatliche Sanktionen. Eine gute Aufstellung und Vernetzung in den Regionen, interdisziplinäres Vorgehen und kurze Wege zu Kooperationspartnern wie Klienten kennzeichnen die Struktur und die Qualität der Dienstleistungen. HSI ist ein Vorhaben des Ministeriums der Justiz und wird aus ESF- und Mitteln des Landes Brandenburg finanziert.

Kernanliegen ist die Integration in die Arbeitswelt.

#### Personenkreis

Der Aufwand für die Betreuung und Vermittlung der Straftäter nimmt zu. Neue Problemlagen der Zielgruppen werden sichtbar, zum Beispiel psychische Störungen, bei Jugendlichen der Fortfall elterlicher Erziehungskompetenz oder die Erfahrung von innerfamiliärer Gewalt. In vielen Familien verstetigen sich Hartz IV Karrieren, Integrationsmaßnahmen fehlt oft noch die Passgenauigkeit. Hinzu kommen die bekannten vielfachen Problemlagen der Zielgruppen wie Suchterkrankungen, fehlende Bildungsabschlüsse, Wohnung, schwach entwickeltes Selbstbild etc. Zunehmend kommt der Begriff der beruflich rehabilitativen Ausrichtung unserer Vermittlungsbemühungen ins Gespräch.

Viele Klienten weisen eine erhebliche Resistenz gegenüber Tätigkeits- oder Ausbildungsangeboten auf. Aber auch in der Zusammenarbeit mit Jobcenter oder Arbeitsverwaltungen sehen wir noch Potential. Die Erreichbarkeit von Fallmanagern ist nicht immer gewährleistet, beständige Sensibilisierung für die HSI-Klienten ist erforderlich und die Instrumente zur niederschweligen Eingliederung sind nach dem weitgehenden Wegfall von 1 Euro Jobs kaum noch vorhanden.

Die Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit, das Herausführen der Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung sind für HSI zentrale Themen.

Wir begrüßen daher ausdrücklich die im Positionspapier des MASF formulierten Grundsätze zur „Aktiven Eingliederung in der neuen Förderperiode“.

Wir begrüßen, dass Programme und Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit individualisiert und zielorientiert sein müssen. Bedenken sollte man jedoch eine vorschnelle Kategorisierung in „arbeitsmarktfern“, „besonders arbeitsmarktfern“, „bildungsfern“ und „besonders bildungsfern“.

Aktive Eingliederung gelingt vor allem in einem inklusiven Arbeitsmarkt, in dem alle Akteure und Beteiligten – vorrangig auf der kommunalen Ebene – eine gemeinsame Vorstellung zur wirtschaftlichen Entwicklung und Sicherung des sozialen Zusammenhalts haben.

## Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ändert sich. Die Quote der Arbeitslosigkeit sinkt - und auch die HSI Vermittlungszahlen steigen. Firmen greifen aus Mangel an geeignetem Personal auf „schwächere“ Kandidaten zurück.

HSI vermittelt aber vorrangig in einen Beschäftigungssektor mit schlecht bezahlten und nicht dauerhaften Arbeitsangeboten. „Gute Arbeit“ für alle, stabile Anstellungen und angemessene Entlohnung sind wichtige Themen. Ein noch nicht hinreichend entwickeltes Verständnis der Arbeitgeber zur sozialen Verantwortung der Unternehmen, nämlich arbeitswilligen ehemaligen Straftätern eine Chance zu geben, ist festzustellen. Wir begrüßen die diesbezüglichen Aussagen im Positionspapier.

Unsere Erfahrungen in der Praxis der Vermittlung, Begleitung und Nachbetreuung von ehemals straffällig gewordenen Menschen decken sich mit den im Positionspapier beschriebenen Erfolgsfaktoren gelingender Eingliederung.

Durch die Erfahrungen, die wir im Projekt HSI Transnational sammeln und für HSI nutzen konnten, sehen wir gute Potentiale im Entwickeln von Serviceangeboten für Firmen und Arbeitgeber, die bereit sind, unserem Personenkreis einen Arbeitsplatz anzubieten. Das gilt auch für die direkte Beteiligung von Firmen und Unternehmen bei Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Die im Positionspapier gemachten Äußerungen zur Einbeziehung von Familien und Angehörigen in Maßnahmen zur Integration werden durch unsere transnationalen Erfahrungen mehr als bestätigt.

HSI hält die transnationale Flankierung von Projekten in der Arbeitspolitik in Brandenburg als ein hervorragendes Element der Weiterentwicklung, des Transfers und der Verwirklichung von Innovationsvorhaben. Auch in der Personal- und Organisationsentwicklung hat sich dieses Instrument sehr bewährt. Wir begrüßen daher alle Planungen, die Transnationalität als festen Bestandteil der Brandenburgischen Arbeitsmarktpolitik weiter zu entwickeln. Wünschenswert wären hier vereinfachte Verwaltungsverfahren. Der bisherige Verwaltungsaufwand ist für die projektdurchführenden Organisationen hoch und die Procedere sind hürdenreich.

Insgesamt wird deutlich, dass das Modell der Sozialraumorientierung, also einer Aktivierung kommunaler Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung bei der Resozialisierung, eine sinnvolle Ergänzung zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration darstellt. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der ESF über die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit einen Beitrag zur Wahrnehmung von Problemlagen leistet.

HSI arbeitet in drei Projektfeldern. Wichtiger Partner sind Vereine und Verbände, bei denen Personen, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, diese abarbeiten können. Diese Tätigkeiten haben sich oft als Brücke zum Arbeitsmarkt erwiesen und sollten deshalb weiter gestärkt und profiliert werden.

Das Thema der öffentlich geförderten Beschäftigungsmöglichkeiten wird bei HSI ebenfalls diskutiert. Öffentliche Beschäftigung bietet Möglichkeiten für einen schrittweisen Einstieg in Arbeit und dauerhafte Beschäftigung. Bei der konzeptionellen Entwicklung sollte jedoch eine dezidiert wirtschaftliche Ausrichtung sichergestellt werden, die sich an den ökonomischen und unternehmensbezogenen Bedarfen der Region orientieren muss. Wichtig erscheint uns, die Unternehmen durch das „System öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeit“ nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen und Mitnahmeeffekte zu vermeiden.

Wir halten das Programm Regionalbudget nach wie vor für eine sinnvolle konzeptionelle Ausrichtung, bei der die Aufgaben zur Regionalentwicklung mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit gekoppelt werden. Wir sehen hier eine wichtige Regiestelle und wünschen uns für den HSI Personenkreis in der Zukunft noch bessere Zugangsbedingungen.

Die politisch-ethische Ausrichtung der ESF Programme sollte Fragen der Wertschätzung, Teilhabe und des Empowerments der betroffenen Menschen nicht aus dem Auge verlieren. Dies schließt keineswegs die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung bei der Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens aus.

Clemens Russell, Professor Dr. Harald Christa (xit GmbH)  
Claudia Möller (Ergokonzept AG)

HSI Netzwerkkoordination und Informationsmanagement

30.Oktober 2012